



Eidgenössische Abstimmung vom 10. Juni 2018:

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverband (BGV) fasst die Parole zur «Vollgeldinitiative»

MEDIENMITTEILUNG

BGV sagt Nein zur Vollgeldinitiative

Die Initiative will die Geldschöpfung der Geschäftsbanken via Kredite verbieten und somit das zurzeit auf Bargeld beschränkte Produktionsmonopol der Nationalbank auf Buchgeld ausdehnen. Die Geschäftsbanken dürfen weiterhin Kredite vergeben, aber nur, wenn diese Kredite voll durch Spareinlagen oder durch Nationalbankdarlehen gedeckt sind.

Die Einführung des Vollgeldsystems macht die Schweiz zum weltweit ersten Versuchslabor eines riskanten und teuren Experiments. Die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten im Vollgeldsystem ist gefährdet. Gemäss Experten wird das Schweizerische Finanz- und Bankensystem durch das Vollgeldsystem nicht stabiler. So hätte die UBS auch im Vollgeldsystem während der Finanzkrise 2007/2008 durch den Staat gerettet werden müssen.

Fazit und Abstimmungsempfehlung

Bereits heute können Geschäftsbanken nicht beliebig Kredite vergeben. Neben regulatorischen Vorgaben wie dem Eigenkapital, mit dem die Bank einen Kredit hinterlegen muss, hängt das Potential der Geldschöpfung der Geschäftsbanken ab von der Kreditnachfrage und dem Vertrauen der Kunden. Gerade für KMU, die rund 90 Prozent der Geschäftskredite in der Schweiz beziehen, ist dieses System mehr als überlebensnotwendig. Der Kantonalvorstand des BGV empfiehlt ein wuchtiges Nein zur Vollgeld-Initiative.

Chur, 23. Mai 2018

Auskunftsperson:
Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband

Telefon 081 257 03 23